

DER **KRITIK.** PUNKT

Newsletter der Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag
Nummer 9 · April/Mai 2009



Schutzschirm für Conti-Belegschaft!

Werk in Hannover-Stöcken dauerhaft sichern!

In dieser Ausgabe lesen Sie u.a.:

Schutzschirm für Conti-Belegschaft; Editorial	Seite 2
Chancen für Langzeitarbeitslose	Seite 3
Für ein soziales Europa	Seite 3
Güterverkehr in Niedersachsen auf Abwegen	Seite 5
Ein Mittel gegen die Krise: Konjunkturprogramm	Seite 6
Licherkette gegen Atomkraft	Seite 7
Vergütungssätze in der Pflege viel zu niedrig	Seite 8

DIE LINKE.
Fraktion
im Niedersächsischen Landtag

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

gut ein Jahr wirkt jetzt DIE LINKE nicht nur außer-, sondern auch innerhalb des Niedersächsischen Landtages.

Wir haben geholfen, die Angriffe auf die Arbeitszeitkonten der Lehrer abzuwehren, die „Asse II“ zu einem der zentralen Themen der Landespolitik zu machen und Sitzung für Sitzung die Frage der sozialen Gerechtigkeit auf die Tagesordnung dieses Parlaments zu setzen.

Wir stellen mit Genugtuung fest, dass parallel zu diesem verstärkten Wirken der Linken im Parlament die Bereitschaft in ganz Niedersachsen wächst, sich mit Demonstrationen, Streiks und Veranstaltungen aktiv in die Politik einzumischen. So muss das weitergehen.

Das ist umso dringender, weil wir am Beginn der schlimmsten Wirtschaftskrise seit der Gründung unseres Landes stehen. Die Fixierung auf den Götzen „Profit“ und die Geringschätzung des Sozialstaatsgebots unserer Verfassung sind dafür verantwortlich, dass die Kurzarbeit zunimmt, dass immer mehr Männer und Frauen entlassen werden, dass sich die Berufsperspektive von Jugendlichen verdüstert.

Dagegen müssen wir gemeinsam angehen. Unsere Alternativen für eine soziale Zukunft liegen auf dem Tisch. Durchsetzen werden wir sie nur, wenn Hunderttausende in Niedersachsen aktiv für ihre Rechte streiten. Wir bleiben an ihrer Seite – wie im ersten Jahr als Fraktion DIE LINKE.

Viel Spaß beim Lesen!



Manfred Sohn



Schutzschirm für Conti-Belegschaft! Werk in Hannover-Stöcken dauerhaft sichern

Nach dem Automobilzulieferer Karman in Osnabrück drohen jetzt auch in Hannover Massentlassungen. Das Management der Continental AG will das Reifenwerk in Stöcken zum Ende dieses Jahres für immer dicht machen – und begeht damit Wortbruch: Erst im Januar handelten Betriebsrat und Werksleitung ein Eckpunktepapier aus, in dem das Management auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtete. Im Gegenzug waren Lohneinbußen und Kurzarbeit vereinbart. Das ist jetzt alles Schall und Rauch.

Rund 780 Beschäftigte sollen ihren Arbeitsplatz verlieren, obwohl sie schon seit Jahren viele Zugeständnisse bei Entlohnung und Arbeitsbedingungen gemacht haben. „Das ist für DIE LINKE nicht hinnehmbar und kaltblütiger Kapitalismus pur“, sagte Ursula Weisser-Roelle, wirtschaftspolitische Sprecherin in einer Aktuellen Stunde des Landtags, die die Linksfraktion zu diesem Thema beantragt hatte. „Wir stehen fest an der Seite der Contibelegschaft!“ Diese kämpft zurzeit um ihre Zukunft.

Wie so oft sollen auch bei Conti die Beschäftigten die Zeche für das bezahlen, was hoch bezahlte Vorstände mit wiederholten Fehlentscheidungen verursacht haben. Großaktionärin Maria-Elisabeth Schaeffler ist



LINKEN-Fraktionschef Dr. Manfred Sohn (Mitte) demonstriert an der Seite der Belegschaft für den Erhalt der Arbeitsplätze.

wegen der auf Pump bezahlten Übernahme des Konzerns bis über beide Ohren verschuldet, und



Ursula Weisser-Roelle verteilt Flugblätter an die Conti-Beschäftigten.

Conti steckt wegen der Übernahme des Automobilzulieferers Siemens VDO tief in den roten Zahlen. Jetzt wollen Schaeffler und Conti-Manager Geld vom Staat – ohne Gegenleistung selbstverständlich.

Diesem Wunsch zeigt DIE LINKE die Rote Karte. „Es darf keinen Cent an öffentlichen Geldern ohne rechtsverbindliche Auflagen an das Management geben“, forderte Weisser-Roelle und zählte auf, was sie

darunter versteht: „Erstens die Sicherung der Standorte, zweitens die volle Beschäftigungssicherung, drittens die massive Ausweitung der Mitbestimmungsrechte bei allen Entscheidungen.“ Um Entlassungen kurzfristig zu vermeiden, könnte die Werksleitung beispielsweise verstärkt auf Kurzarbeit setzen, die bis zu einer Dauer von 18 Monaten möglich ist. Der Absatzeinbruch lässt sich außerdem mit flexiblen Arbeitszeitmodellen überbrücken. Mitbestimmung, die ihren Namen verdient, ist das Gebot der Stunde, weil die Beschäftigten selbst am besten wissen, was für ihren Betrieb gut ist.

Die Landesregierung muss endlich alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Conti-Beschäftigten unter die Arme zu greifen. DIE LINKE fordert eine Bundesratsinitiative, damit das Kündigungsschutzgesetz überarbeitet und die Rechte der Arbeitnehmer nachhaltig gestärkt werden. Ein Gesetz muss her, das Massentlassungen und Betriebsschließungen nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat erlaubt. Auch dafür könnte sich Ministerpräsident Christian Wulff bei der Bundesregierung einsetzen, wenn er nur wollte.

Schutzschirm für Conti-Arbeitnehmer – unsere Forderungen:

- keine Entlassungen, bevor die Kurzarbeitsphase von 18 Monaten ausgeschöpft ist
- keine Steuergelder für Unternehmen, die Produktionsstätten schließen wollen
- Massentlassungen ohne Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat gesetzlich verbieten
- für alle Großunternehmen ein Mitbestimmungsmodell nach dem Vorbild von Volkswagen

Neue Chancen für Langzeitarbeitslose Öffentlich geförderte Beschäftigung bei fairem Lohn

Nicht erst mit der Wirtschaftskrise werden immer mehr Menschen durch Arbeitslosigkeit und Armut an den Rand der Gesellschaft gedrängt und müssen mit dem Hartz-IV-Regelsatz auskommen. Viele haben keine Aussicht auf bessere Zeiten, weil vernünftig bezahlte Arbeitsplätze zur Mangelware geworden sind. Gleichzeitig fehlt für viele gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeiten das Personal, weil gewinnorientierte Unternehmen damit kein Geld machen können. DIE LINKE im Landtag hat deshalb beantragt, öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige und fair bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Im Gegensatz zu den Ein-Euro-Jobs erhalten Langzeitarbeitslose so eine echte Lebensperspektive. Vor allem bei der Unterstützung älterer und kranker Menschen beim Einkaufen oder beim Gang zur Behörde besteht Bedarf. Auch in der Kinder- und Jugendarbeit, bei außerschulischer Bildung sowie im Umweltschutz gibt es viel zu tun.

Keine wilde Utopie

Mit Steuergeldern geförderte sinnvolle Arbeitsplätze sind keine wilde Utopie, sondern in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin bereits gelebte Praxis. Statt Arbeitslosigkeit bezahlen beide Länder lieber Arbeit. Auf Druck der PDS

Für ein soziales Europa Klares Nein zum Vertrag von Lissabon

Vor knapp eineinhalb Jahren haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union in Lissabon den Vertrag über die Reform der EU unterzeichnet. Dieser sollte in den Mitgliedsländern meist ohne demokratische Legitimation durchgedrückt werden und Anfang dieses Jahres Inkrafttreten. Seitdem die Iren den Vertrag in einer Volksabstimmung abgelehnt haben, kann dieser Zeitplan nicht mehr eingehalten werden – und der Vertrag hat es in sich. Er verpflichtet die Mitgliedsstaaten, mehr Geld für Rüstung auszugeben. Nach Artikel 28 kann die EU „Drittländern beim Kampf gegen den Terrorismus in ihrem Staatsgebiet“ zur Hilfe kommen, und zwar ohne UN-Mandat.

Der Lissabon-Vertrag will Privatisierungen fördern und ausbauen. In vielen Bereichen ist das bereits so – mit fatalen Folgen, wie nicht nur die Privatisierung von Eisenbahn und Wasser in Großbritannien gezeigt hat. Bei Gesundheit und Bildung sind die Auswirkungen noch gravierender, weil aus Patienten und Schülern Kun-

den werden und die betuchte Kundschaft stets zuvorkommender bedient wird. Marktradikalismus schreibt der Vertrag von Lissabon als Grundlage wirtschaftlicher Tätigkeit fest.

„Das sind für DIE LINKE K.o.-Kriterien“, begründete Kreszentia Flauger, Fraktionsvorsitzende im Landtag, die Ablehnung des Vertrages. Um sozialen Grundrechten Nachdruck zu verleihen, hat die Linksfraktion beantragt, diese im EU-Primärrecht zu verankern. Der Antrag fordert, dass „die Mitgliedsstaaten respektive Sozialpartner ungehindert strengere Schutzmaßnahmen vereinbaren können“ und dass im Konfliktfall soziale Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben. Wie notwendig dieser Antrag ist, zeigen mehrere skandalöse Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes. Höchstgerichtliche Rechtsprechung öffnete Dumpinglöhnen Tür und Tor und erklärte gleichzeitig gewerkschaftliches Handeln gegen Schmutzkonkurrenz für illegal.



Auch die Pflege von Grünflächen kann zur öffentlich geförderten Beschäftigung gehören.



Nazi-Vergangenheit wird aufgearbeitet

Auf Antrag der Linksfraktion wird Landtagspräsident Hermann Dinkla (CDU) in diesem Frühjahr eine Untersuchung zur NS-Vergangenheit ehemaliger niedersächsischer Landtagsabgeordneter auf den Weg bringen. Die Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen soll die Aufarbeitung übernehmen, die voraussichtlich eineinhalb bis zwei Jahre dauern wird. In den biografischen Landtags-Handbüchern, die sich auf eigene Aussagen der Politiker stützen, fehlten bisher Hinweise zur NS-Vergangenheit oft ganz. Die Linksfraktion hatte einen Historiker beauftragt, der bei 71 von knapp 300 überprüften Parlamentariern von CDU, FDP und Deutscher Partei eine NSDAP-Mitgliedschaft nachweisen konnte; einige waren zudem Mitglied in SA und SS und hatten sich an der Verfolgung von Juden beteiligt. Die Untersuchungsergebnisse hatte die Linksfraktion in Form einer Broschüre bei einer Pressekonferenz im Oktober präsentiert. Der Vorsitzende der Historischen Kommission, der Osnabrücker Geschichtswissenschaftler Thomas Vogtherr, bezeichnete die von der Linksfraktion angestoßene Untersuchung als einen „interessanten Ausgangspunkt für unsere Arbeit“. Nach Angaben von Vogtherr wollen er und seine Mitarbeiter 750 Biografien überprüfen; nachgespürt wird Landtagsabgeordneten, die zum Zeitpunkt des Krieges mindestens 18 Jahre alt waren. Besonders den Christdemokraten dürfte die angekündigte umfassende Untersuchung sauer aufstoßen. Deren parlamentarische Geschäftsführer Dr. Bernd Althusmann hatte doch im Landtag behauptet: „... Meine Damen und Herren, die CDU hat ihre geistigen und politischen Wurzeln im christlich motivierten Widerstand gegen den Terror des Nationalsozialismus. Das ist die Wahrheit.“

Faire Milchpreise gefordert

Immer weniger Bauern in Deutschland produzieren immer mehr Nahrungsmittel und Agrarerzeugnisse – in den vergangenen Jahrzehnten hat es in der Landwirtschaft einen Konzentrationsprozess gegeben, in dessen Verlauf viele Landwirte ihre Höfe aufgeben mussten, weil sie im Wettbewerb mit Großbetrieben keine Chance hatten. Im Agrarland Niedersachsen kämpfen derzeit viele Milchbauern ums Überleben: Sinkende Milchpreise, eine Erhöhung der Milchquote – für die Kleinbetriebe wird die Lage immer dramatischer. Die Linksfraktion im Landtag hat sich deshalb für eine Mengenbegrenzung ausgesprochen, die national oder innerhalb der EU geregelt werden soll. „Auch in benachteiligten Regionen muss Landwirtschaft weiterhin möglich sein und gefördert werden“, sagte Marianne König, agrarpolitische Sprecherin der Linksfraktion, während der Debatte im Landtag. König forderte die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Milchquotenerhöhung zurückgenommen und durch eine flexible Mengen-Steuerung ersetzt wird. „So wie die Finanzmärkte brauchen auch die Milchmärkte zuverlässige Regeln“, sagte König. Sie schlug vor, das Geld aus dem Milchfonds für eine flexible Mengensteuerung zu verwenden. Für die niedersächsischen Landwirte ziehen weitere dunkle Wolken am Horizont auf: Experten rechnen mit einem weiteren Preisverfall für die Milch in diesem Jahr. Dies würde zu weiteren schmerzhaften Einkommensverlusten bei den Landwirten führen. „Das Höfesterben in Niedersachsen könnte sich fortsetzen“, warnte König.

Auf dem Rücken der Schüler

Für die Schulpolitik der Landesregierung, die stur am dreigegliederten Schulsystem festhält, müssen vor allem ärmere und sozial benachteiligte Schüler die Zeche zahlen. Hauptschulen und Realschulen sollen nach dem Willen der Landesregierung künftig noch stärker beruflich orientiert arbeiten. Damit vernachlässigen sie den allgemeinen Bildungsauftrag und erschweren den Wechsel aufs Gymnasium in höheren Klassenstufen.

Als Konsequenz schicken immer mehr Eltern ihre Kinder ab Klasse 5 aufs Gymnasium, das dem Ansturm kaum gewachsen ist. Mehr als 30 Schüler müssen sich einen Klassenraum teilen. Pädagogisch sinnvolle Konzepte und das Eingehen auf die Lernanforderungen jedes einzelnen Kindes bleiben so auf der Strecke – von der Belastung der Lehrerinnen und Lehrer ganz zu schweigen. Die soziale Herkunft der Kinder



SchülerInnen aus ärmeren und bildungsfernen Familien haben in Niedersachsen schlechte Karten.

entscheidet in hohem Maß über den Schulerfolg. Nur 14 Prozent der Kinder von Hauptschulaltern machen Abitur, aber 68 Prozent der Kinder, deren Eltern Abitur gemacht haben. Besonders schlechte Karten haben Schüler aus Einwandererfamilien. Laut Nationalem Bildungsbericht er-

halten sie in der Grundschule trotz gleicher Leistung schlechtere Noten als ihre Mitschüler und haben somit schlechtere Chancen, eine Gymnasialempfehlung zu erhalten. Integrierten Gesamtschulen (IGS), die mehr Chancengleichheit versprechen, macht die Landesregierung seit vielen Jahren das Leben so schwer wie möglich. „Mit ihrem Festhalten an gegliederten Schulsystem orientieren Sie sich nur am Wohl der gut situierten Kinder“, sagte Christa Reichwaldt, bildungspolitische Sprecherin der Landtags-LINKEN, an die Adresse von CDU und FDP.

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder!

Um Schülern aus sozial schwächeren und bildungsferneren Familien mehr Chancen zu geben, will die Linksfraktion Integrierte Gesamtschulen nachhaltig stärken. „Der Weg zum Abitur muss für jedes Kind so lange wie möglich offen bleiben“, skizzierte Reichwaldt die Eckpunkte des Antrags. „Wir brauchen die gemeinsame Schule ohne Aussortierung bis Klasse 10.“ Überall, wo Bedarf bestehe, müsse eine IGS ohne Einschränkungen zugelassen werden – und zwar auch dann, wenn sie eine andere Schulform ersetzt oder weniger als fünf Parallelklassen hat. Wegen dieser Hürden gehen bisher vor allem ländliche Regionen beim Gerangel um eine IGS leer aus. Vier Parallelklassen sind außerdem pädagogisch sinnvoller. Damit die Gesamtschulen ihr Konzept mit individueller Förderung umsetzen können, brauchen sie mehr Lehrer und eine Zulassung als gebundene Ganztagschulen. Um das Angebot an Ganztagschulen massiv ausbauen zu können, will die Linksfraktion Gelder aus dem Konjunkturprogramm II einsetzen.

Mehr Demokratie an die Hochschulen!

Demokratische Mitbestimmung ist für viele Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter und Angestellte an Niedersachsens Hochschulen ein Fremdwort geworden. Das Präsidium kann als Verwaltungsspitze über so wichtige Fragen wie den Wirtschaftsplan allein bestimmen. Der Senat, in dem alle Interessengruppen, wenn auch ungleich, vertreten sind, darf als Hochschulparlament dagegen nur Stellung nehmen. Die Präsidien können ihre Hochschulen heute so leiten wie ein Vorstand seinen Konzern.

„Wir wollen aber keine Hochschule, die wie ein Unternehmen geführt wird“, sagte Victor Perli, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion, beim Einbringen eines Antrags zur Stärkung der Mitbestimmung in den Landtag. Der Senat müsse viele Befugnisse zurück erhalten, die Macht der Präsidien im Gegenzug eingeschränkt werden. Die Forderungen der LINKEN gehen

aber noch weiter: Um an den Hochschulen wirklich von Demokratie sprechen zu können, muss auch der Senat selbst reformiert werden, denn bisher ist gesetzlich festgeschrieben, dass die Professoren über eine Mehrheit verfügen – und das hat Folgen. Ein Beispiel ist die Universität Hildesheim. Der dortige Senat hat Ende März beschlossen, dass die Studienbeitragskommission abgeschafft werden soll. Mit sechs gegen drei Stimmen folgte das Hochschulparlament dem Antrag des Universitätspräsidenten. Kein Wunder, dass viele Mitarbeiter und Studierende das Gefühl haben, nur geringen oder gar keinen Einfluss auf die Hochschulpolitik vor Ort zu haben. „Das darf nur noch in wenigen Ausnahmefällen so bleiben, die von der Rechtsprechung vorgegeben sind“, forderte Perli. „Die nicht-professoralen Senatsmitglieder müssen deutlich mehr Mitbestimmungsrechte erhalten.“

Güterverkehr auf Abwegen LINKE präsentiert Studie: Keine unsinnigen Großprojekte

In Niedersachsen wird der Güterverkehr von der Küste ins Landesinnere in den kommenden Jahrzehnten deutlich zunehmen. Ursachen dafür sind der Ausbau der Häfen in Hamburg und Bremerhaven sowie der Neubau des Tiefwasserha-



Abb.: JadeWeserPort Realisierungs GmbH & Co.

fens JadeWeserPort in Wilhelmshaven. Um das Verkehrsaufkommen in den Griff zu bekommen, setzt die schwarz-gelbe Landesregierung auf Großprojekte wie die sogenannte Y-Trasse sowie die Autobahnprojekte A 22 und A 39.

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE im Landtag sind diese Vorhaben jedoch untauglich, deshalb hat die Fraktion eine Studie in Auftrag gegeben, die Alternativen für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen aufzeigt. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion, Ursula Weisser-Roelle, hat die Ergebnisse dieser Studie gemeinsam mit deren Verfasser Roland Sellien und Hans-Christian Friedrichs heute (Donnerstag) vor Journalisten in Hannover vorgestellt. In der Studie kommen die beiden Verkehrsexperten zu dem Schluss, der zunehmende Güterverkehr in Niedersachsen könne mit den angestrebten Projekten der Landesregierung nicht bewältigt werden. Zudem befürchten sie erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt. Als Alternativen schlagen sie vor, das Schienennetz auszubauen, auf kostspielige Autobahn-Projekte zu verzichten und stattdessen die vorhandenen Straßen instandzuhalten.

Alternativen zur Y-Trasse

Zu spät, zu teuer, zu wenig leistungsfähig: So beurteilen Sellien und Friedrichs die Y-Trasse. Lediglich der Hamburger Hafen profitiere von dieser Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecke zwischen Hamburg, Bremen und Hannover, die anderen Häfen und Regionen gingen dagegen leer aus. Wenn beim nächsten wirtschaftlichen Aufschwung der Güterverkehr wieder ansteige, reiche die Y-Trasse nicht aus, um das Verkehrsaufkommen zu bewältigen – das bestehende Schienennetz müsse dann zusätzlich ausgebaut werden. Die Folge seien Doppelinvestitionen, was dazu führe, dass Geld an anderer Stelle fehlen werde. Die Autoren der Studie plädieren eindringlich dafür, die bestehenden Schienenwege

auszubauen. Nur so ließen sich zusätzliche Kapazitäten für den Güterverkehr schneller, preiswerter und effizienter schaffen. Die Erweiterung des Schienennetzes umfasse als Sofortprogramm den dreigleisigen Ausbau der Strecke Stelle – Lüneburg, den zweigleisigen Ausbau Rotenburg/Wümme – Verden/Aller, den zweigleisigen Ausbau der Strecke Uelzen – Stendal sowie den Ausbau der Strecke Langwedel – Soltau – Uelzen – alle Maßnahmen seien bereits im Bundesverkehrswegeplan enthalten.

Zusätzlich müssten Über- und Unterführungen an sich kreuzenden Verkehrswegen gebaut und sogenannte Kreuzungsbahnhöfe wieder in Betrieb genommen werden. Außerdem solle der Ausbau vorhandener Strecken im Korridor Hamburger Hafen/ Maschen Richtung Hannover detailliert untersucht werden. Nach den Berechnungen von Sellien und Friedrichs würden die Kosten der vorgeschlagenen Vorhaben insgesamt 1,45 Milliarden Euro betragen, verteilt auf die Jahre 2011 bis 2015. Die Kosten müssten sich die Bundesländer Niedersachsen, Bremen und Hamburg teilen.

Instandhaltung statt neuer Autobahnen

Vom angestrebten Autobahnbau halten die Verfasser der Studie nichts. Bei der geplanten A 39 ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis nach Ansicht von Sellien und Friedrichs unzureichend. Die A 39, die nicht als Einzelprojekt geplant ist, sondern zusammen mit der A 14 und der Bundesstraße 190n gebaut werden soll, habe deshalb nicht ohne Grund in dem Referentenentwurf des Bundesverkehrswegeplans zu den „Hinterlandanbindungen der deutschen Seehäfen“ (2003) gefehlt. „Die A 39 ist nicht aus Verkehrsgründen, sondern aus politischen und lobbyistischen Gründen geplant worden“, kritisierte Weisser-Roelle.

Auch den geplanten Bau der Küstenautobahn A 22 halten die Verkehrsexperten für überflüssig, weil die A 1 die Hauptverkehrsachse im Nordwesten bleiben werde. Nicht ohne Grund werde sie jetzt von Privatinvestoren sechsspurig ausgebaut.

Angesichts des chronisch unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplans sei es fraglich, ob sich die beiden geplanten Autobahnen A 39 und A 22 überhaupt finanzieren lassen. Bereits ohne Elbquerung für die A 22 kosteten die beiden Projekte schätzungsweise rund zwei Milliarden Euro. Sellien und Friedrichs empfehlen deshalb, die bestehenden Autobahnen wegen des hohen Instandhaltungsbedarfs zu sanieren und gleichzeitig – wie beschrieben – die parallel verlaufenden Schienenwege auszubauen.

Mehr Flüchtlinge aus dem Irak aufnehmen

In Syrien und Jordanien müssen mehr als zwei Millionen irakische Flüchtlinge unter katastrophalen Bedingungen leben. Die Europäische Union hat sich deshalb entschlossen, 10.000 von ihnen aufzunehmen. Aber nur 230 Flüchtlinge werden in Niedersachsen unterkommen, die ersten 122 Iraker sind bereits Mitte März am Flughafen Hannover-Langenhagen eingetroffen. „Die bisherige Aufnahmequote kann man allerhöchstens als Menschenrechtskosmetik bezeichnen“, kommentierte Pia Zimmermann, migrationspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag. „Es wäre eigentlich ein zwingender Akt von Humanität, deutlich mehr Flüchtlinge aufzunehmen.“ Obwohl viele von ihnen in Deutschland Freunde und Verwandte haben, müssen sie entweder im Lager Bramsche bei Osnabrück oder in Friedland wohnen. DIE LINKE verlangt deshalb, dass sich die Flüchtlinge ihren Wohnort selbst aussuchen dürfen. Diejenigen, die seit Jahren hier leben, müssen außerdem einen festen Aufenthaltsstatus erhalten, damit sie sich langfristig integrieren können. Bisher haben sie einen schlechteren Aufenthaltsstatus als die Iraker, die jetzt einreisen.

LINKE machen sich für Studenten stark

Intervention zeigt erste Erfolge: Nachdem die Linksfraktion im Landtag die Landesregierung im vergangenen halben Jahr mehrfach aufgefordert hat, die Löhne für die rund 8000 studentischen Beschäftigten an den Hochschulen des Landes anzuheben, ist die Landesregierung aktiv geworden. Ab dem 1. Mai werden die Vergütungssätze erstmals seit 1993 wieder angehoben. Der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion, Victor Perli, hatte zuvor darauf verwiesen, dass der derzeitige Stundenlohn von 7,72 Euro an Universitäten bzw. 5,37 Euro an Fachhochschulen viel zu niedrig sei. Die Lohnentwicklung für die Studierenden ging in den letzten 16 Jahren sogar nach unten: 1993 hat es noch 8,02 Euro bzw. 5,58 Euro gegeben. Seitdem stiegen die Verbraucherpreise um 22 Prozent an, während die Löhne um knapp vier Prozent sanken. „Es gibt nur ein Wort, das die Lohnentwicklung zutreffend beschreibt: Skandal!“, sagte Perli. Was wird sich ab Mai ändern? Studentische Beschäftigte werden künftig unabhängig von der Hochschulart 7,98 Euro erhalten, mit Bachelor-Abschluss sollen es 10,85 Euro werden. „Das ist ein erster kleiner Erfolg, allerdings bleiben die 7,98 Euro weiter hinter dem Lohn von 1993 zurück. Im Endeffekt ist es ein Reallohnverlust von rund 24 Prozent für Uni-Studierende. Das kann uns nicht zufriedenstellen“, kritisiert Perli. Er verweist auf Berlin, wo es einen eigenen Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten gebe, der Stundenlohn dort liegt bei 10,98 Euro

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE
im Niedersächsischen Landtag
Redaktion:
Christian Degener, Michael Fleischmann
V.i.S.d.P.: Christian Degener
Anschrift:
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Kontakt:
Tel.: 05 11 / 30 30 44 02
Fax: 05 11 / 30 30 48 80
info@linksfraktion-niedersachsen.de
www.linksfraktion-niedersachsen.de

Ein Mittel gegen die große Krise Land muss Konjunkturprogramm auflegen

Die täglichen Schreckensmeldungen können einem schon das Frühstück verderben: Die Continental AG will das Reifenwerk schließen, die Glashütte in Bad Münder baut Stellen ab, Kurzarbeit bei VW und immer neue Milliarden für die kriselnden privaten Großbanken. EU-Finanzexperten schätzen, dass 44 Prozent der Vermögenswerte aller europäischen Banken, die in den



Wer muss die Krise bezahlen?
Diese Frage beschäftigte auch die Demonstranten am 28. März in Berlin.

Büchern noch mit 18,3 Billionen Euro bewertet werden, in Wirklichkeit Schrottpapiere sind. Den Leserinnen und Lesern dieses Newsletters fallen sicher noch mehr unerfreuliche Nachrichten aus den vergangenen Wochen ein.

Die milliardenschweren Geldspitzen für den Finanzsektor und die beiden Konjunkturpakete haben bisher nichts gebracht. „Wer glaubt, eine Krise dieses Ausmaßes mit den Konjunkturpaketen I und II bewältigen zu können, ist unred-

Viel zu wenige Krippenplätze in den Städten

Während in Hamburg jedes fünfte Kind einen Krippenplatz hat, ist es in Niedersachsen nur jedes elfte. Kein Wunder, dass in allen großen niedersächsischen Städten die Nachfrage nach Krippenplätzen das Angebot bei Weitem übersteigt. Die Bundesregierung hatte vor zwei Jahren im August beschlossen, die Betreuungsquote der Kleinkinder bis 2013 auf 35 Prozent zu erhöhen. Im März vergangenen Jahres lag sie in Niedersachsen dem Statistischen Bundesamt zufolge erst bei durchschnittlich 9,2 Prozent. Damit belegte das Land bundesweit den letzten Platz.

Bisher erreichen nur Wolfsburg und Göttingen annähernd die Vorgabe der Bundesregierung. Im August vergangenen Jahres gab es in Göttingen für 32 Prozent der unter Dreijährigen einen Platz in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter. Diesen Wert erreicht derzeit auch Wolfsburg. Trotzdem ist die Warteliste in beiden Städten noch lang. In Wolfsburg kommen auf einen Platz drei Bewerber. Auch in Hannover ist die Nachfrage nach Krippenplätzen deutlich höher als das Angebot. In der Landeshauptstadt gibt es

lich“, sagte Dr. Manfred Sohn, Fraktionschef der LINKEN im Landtag. „Oder er ist ahnungslos und versteht von Ökonomie so viel wie der Schlachter von Herzoperationen“.

Die Arbeitnehmer sind die Letzten, an die gedacht wird. Wie bei allen Wirtschaftskrisen, so ist auch dieses Mal zu befürchten, dass vor allem sie die Zeche bezahlen müssen. Das flotte Gerede über Insolvenzen und angeblich überflüssige Unternehmen sind schlechte Omen. Die Sorglosigkeit, mit der Verantwortliche über die Zukunft gewerblicher Arbeitsplätze schwadronieren, ist schlicht empörend. Das lässt wenig Gutes

für die nächsten Monate erwarten. Selbst die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes sind betroffen, auch wenn ihre Arbeitsplätze vergleichsweise sicher sind. So weigerte sich Finanzminister Hartmut Mölling (CDU), auf die Lohnforderungen der Landesbediensteten einzugehen. Ohne mit der Wimper zu zucken, hat er aber mal so ganz nebenbei innerhalb von nur einer Woche 770 Millionen Euro für das sogenannte Bankenrettungspaket zugesagt.

aktuell knapp 3.000 Plätze, was einer Quote von 20 Prozent entspricht. Auf dem Land ist die Betreuungsquote vielerorts noch deutlich geringer, allerdings auch die Nachfrage.

Wegen der abenteuerlich schlechten Betreuungsquote hat die Linksfraktion im Landtag gefordert, das Krippenausbauprogramm in Niedersachsen schneller umzusetzen. „Das Ziel muss ein Betreuungsangebot sein, das sich am wirklichen Bedarf orientiert“, betonte Christa Reichwaldt, bildungspolitische Sprecherin. „Alles andere wäre eine familienfeindliche Politik.“ Nicht nur die Betreuungsquote ist wichtig, sondern auch die Qualität.

„Wir brauchen für unsere Kleinsten gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, die ausreichend Zeit haben, sich um jedes einzelne Kind zu kümmern.“ Auch die Integration von Kleinkindern mit Behinderungen und die Ausstattung der Kitas müssen verbessert werden. Um finanzielle Hürden abzubauen, hat die Linksfraktion schon im vergangenen Jahr ein zweites beitragsfreies KiTa-Jahr gefordert.

Konjunkturpakete machen viele Kommunen ärmer LINKE warnt vor dramatischen Einnahmeausfällen

Die beiden sogenannten Konjunkturprogramme sind nach Auffassung von Experten nicht nur völlig unzureichend, um den wirtschaftlichen Absturz aufzufangen. Die Pakete enthalten auch unakzeptable Maßnahmen, die die Umverteilung von unten nach oben fortsetzen. So hat die Bundesregierung Steuersenkungen beschlossen, von denen Spitzenverdiener besonders stark profitieren. Das Nachsehen haben die unter chronischer Geldnot leidenden Kommunen, weil ihnen so wichtige Steuereinnahmen durch die Lappen gehen. Dazu kommen sonstige Steuersenkungen und geringere Lohnsteuereinnahmen, weil die Pendlerpauschale ab dem 20. Entfernungskilometer wieder eingeführt wurde. Die Hans-Böckler-Stiftung hat ausgerechnet, dass Städten und Gemeinden durch diese Vorhaben im laufenden Jahr 30 Prozent der Konjunkturgelder gleich wieder flöten gehen. Im nächsten Jahr sind es schon fast 60 Prozent. Sind ab 2010 die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich abzugsfähig, verlieren die Kommunen nach Angaben der Stiftung sogar fast 80 Prozent der zusätzlichen Investitionsmillionen.

Die niedersächsischen Kommunen müssen wegen der Konjunkturpakete dieses Jahr auf satte 114 Mio. Euro und im nächsten Jahr sogar auf

196 Mio. Euro an Lohn- und Einkommenssteuern verzichten. Das ergab eine Antwort von Innenminister Uwe Schünemann (CDU) auf eine Anfrage der Linksfraktion. Addiert man die massiven Ausfälle bei der Gewerbesteuer hinzu, werden die Konjunkturpakete der Bundesregierung vor allem für ärmere Städte und Gemeinden unter Strich leicht zum Minusgeschäft. So hat die Volkswagen AG gegenüber der Landeshauptstadt Hannover angekündigt, ihre Vorauszahlungen bei der Gewerbesteuer vorerst einzustellen. Dadurch fallen für die Stadt womöglich mehr als 25 Mio. Euro weg – und das nicht nur dieses Jahr, sondern so lange, bis sich die Wirtschaft wieder erholt hat. Auch die Continental AG zahlt keine Gewerbesteuern im Voraus mehr. In anderen Städten und Regionen Niedersachsens brechen die Einnahmen aus dieser Steuer ebenfalls ein. Vor diesem Hintergrund fragte Linken-Abgeordneter Hans-Henning Adler die Landesregierung, warum die ärmsten Kommunen auch noch zu zahlen sollen, wenn sie Gelder aus den Konjunkturpaketen erhalten. Der erfahrene Kommunalpolitiker aus Oldenburg bekam darauf keine Ernst zu nehmende Antwort. DIE LINKE fordert, dass das Land den Eigenanteil von finanzschwachen Kommunen vollständig übernimmt

Lichterkette gegen Atomkraft Demonstration mit mehr als 15 000 Teilnehmern

Rund 15.000 Menschen haben am 26. Februar mit einer Lichterkette auf einer 52 Kilometer langen Strecke in der Region Braunschweig gegen Atomkraft und den verantwortungslosen Umgang mit Atommüll demonstriert. Nach den Massenprotesten gegen den Castortransport im



Herbst war das ein weiteres deutliches Signal an die Regierenden in Berlin und Hannover. Die Kette reichte von Braunschweig bis zum etwa 25 Kilometer entfernten einsturzgefährdeten Atomülllager Asse bei Wolfenbüttel und ging weiter bis zum künftigen Atomendlager Schacht Konrad mitten in Salzgitter. In Wolfenbüttel hatten sich auch zahlreiche Abgeordnete der LINKEN aus dem Niedersächsischen Landtag und dem Bundestag in die Lichterkette eingereiht. Bei

starkem Wind entzündeten die Demonstranten um Punkt 19 Uhr Fackeln und Wunderkerzen oder schalteten Taschenlampen ein. „Die Teilnehmer haben eines gezeigt: Sie werden nicht akzeptieren, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird“, sagte Kurt Herzog, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag, nach der Aktion. Die Demonstranten forderten, dass die Öffentlichkeit an der Aufklärung des Asse-Skandals beteiligt wird. „Jeder Schritt, der jetzt gemacht wird, jede Information, die in der Asse-Begleitgruppe diskutiert und in der ‚Arbeitsgruppe Optionenvergleich‘ verhandelt wird, muss sofort öffentlich gemacht werden“, betont Herzog. In dem Salzbergwerk Asse war radioaktive Lauge ausgetreten, dort lagern rund 126 000 Fässer mit Atommüll. Der Umweltpolitiker verlangt auch, dass das Schließungskonzept für die Asse öffentlich diskutiert wird. „Warum verfolgt eine Mehrheit der ‚Arbeitsgruppe Optionenvergleich‘ weiter das Flutungskonzept des Altbetreibers, obwohl sich die Wissenschaftler dieser Arbeitsgemeinschaft seit Langem dagegen aussprechen?“, fragt Herzog. „Solche Fragen dürfen die Verantwortlichen nicht länger hinter verschlossenen Türen verhandeln!“

Protest erfolgreich – Turbomais endlich verboten

So wie in vielen anderen europäischen Ländern ist der kommerzielle Anbau des Genmaises MON 810 vom US-Konzern Monsanto jetzt auch in Deutschland verboten worden. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Eigner (CSU) musste sich dem massiven öffentlichen Druck beugen und handeln. Selbst 75 Prozent der CSU-Anhänger halten nichts von dem genveränderten Turbomais. In Niedersachsen drohte die Aussaat ab Anfang Mai. Die Linksfraktion im Landtag hatte deshalb beantragt, Niedersachsen gentechnikfrei zu halten.

In den MON-810-Mais haben Biotechnologen die Erbsubstanz des Bacillus thuringiensis (Bt) eingebaut. So produziert das Gewächs ein Gift, das dem Maiszünsler, einem lästigen Schädling, nicht bekommt – und nicht nur dem: Der Turbomais

Wo der Anbau von Genmais verboten ist:

- Österreich
- Schweiz
- Polen
- Ungarn
- Frankreich
- Griechenland
- seit Kurzem auch in Deutschland

schädigt auch Regenwürmer und Mikroorganismen. Das Bt-Gift steht außerdem im Verdacht, am vermehrten Bienensterben beteiligt zu sein. Eine Studie des österreichischen Gesundheitsministeriums ergab, dass mit MON-810-Mais gefütterte Mäuse weniger und schwächere Junge bekamen. Durch Bienen und Pollenflug hätte sich der angebaute Genmais ungehindert ausbreiten und so die Umwelt verschmutzen können. In Ländern wie Kanada, in denen viele gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden, ist bereits heute kein einwandfreier Honig mehr zu erhalten. Auch der Honig in allen deutschen Discountern enthält laut Öko-Test genveränderte Bestandteile, weil dieser durch Importhonig verunreinigt ist.

Turbopflanzen haben für die Verbraucher keinen Nutzen und können Gesundheit und Umwelt schädigen. Monsanto wird wahrscheinlich gegen das Anbauverbot vor Gericht klagen. „Die LINKE wird deshalb an ihrem Antrag für ein gentechnikfreies Niedersachsen festhalten“, betont Marianne König, agrarpolitische Sprecherin im Landtag. „Nur dann ist sichergestellt, dass sich nicht irgendwann Genpflanzen unkontrolliert zwischen Harz und Küste ausbreiten.“

Gorleben muss leben

Seriöses Endlager für Atommüll suchen

Schon seit den 80er Jahren warnen Geologen davor, im Gorlebener Salzstock hochradioaktiven Atommüll einzulagern. Kritiker verweisen seit jeher auf das durch die Eiszeit zerfurchte Deckgebirge über dem Salzstock, wodurch Grundwasser führende Schichten bis tief in den Salzstock reichen. Außerdem ist ein Endlager für hochradioaktiven Müll ganz anderen Belastungen ausgesetzt als das für schwach- und mittelradioaktiven Müll bestimmte Lager Asse. Hochradioaktiver Müll ist auch sehr heiß, in Gorleben werden die Behälter an der Oberfläche 200 Grad warm. Dadurch könnte sich der Salzstock über mehrere Jahrhunderte aufheizen. Durch den heißen Atommüll würde sich später der gesamte Salzstock ausdehnen und bei Abkühlung wieder zusammenziehen. Im Salz können sich so „Wasserwegsamkeiten“ bilden, wie das die Geologen nennen. All diese Gefahren wollen die herrschende Politik und die Betreiber des Erkundungsbergwerks nicht wahrhaben. „Wer diese Probleme nicht sehen will, der wird sie auch nicht sehen“, kritisierte Kurt Herzog, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Landtag. „Das ist ähnlich wie bei der Asse, und mit den Folgen haben wir jetzt alle zu leben.“ Er fordert, die Suche nach einem seriösen Endlager neu zu beginnen und dabei endlich die Bevölkerung stärker einzubinden. „CDU und FDP nehmen nicht einmal zur Kenntnis, dass andere europäische Länder, wie die Schweiz, England und Frankreich, ihre ursprünglich ähnlich autoritär strukturierten Suchprozesse abgebrochen haben.“ Dort hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass man einen Endlagerstandort nicht gegen den Willen der Region von oben herab bestimmen kann. „Die Menschen in Lüchow-Dannenberg werden sich weiter massiv gegen Gorleben als Endlager wehren“, ist Herzog überzeugt.

Pflege-Vergütungssätze viel zu niedrig Patienten und Beschäftigte zahlen die Zeche

Obwohl die Beschäftigten in der Pflege seit Jahren massive Abstriche beim Einkommen hinnehmen müssen, reicht das Geld der Kostenträger vorne und hinten nicht, um eine qualitativ gute Pflege sicherzustellen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes kostet ein



Auch dahin führen die geringen Pflegesätze: Von der Region Hannover privatisiertes Altenpflegeheim in Burgdorf – nur DIE LINKE stimmte dagegen.

Pflegeplatz in Niedersachsen deutlich weniger als in allen anderen westdeutschen Bundesländern. „Diese Erkenntnis ist erschreckend und bestätigt unsere Kritik an der Pflegesatzpolitik der Pflegekassen“, kommentiert Patrick Humke-Focks, Sozialexperte der Linksfraktion im Landtag. Wegen dieser Sparpolitik müssen die Pflegeheime mit immer weniger Geld auskommen. Qualitätsstandards werden abgebaut, und der Bestand an Pflegeeinrichtungen von Kommunen und freien Wohlfahrtsverbänden ist gefährdet. So wird der Weg für private Anbieter

frei, die mit Dumpingpreisen agieren. Auf der Strecke bleiben die Qualität der Pflege und die Einkommen der Beschäftigten.

Die geringe Vergütung der Pflegerinnen reicht oft nicht mehr zum Leben aus. In der ambulanten Altenpflege beispielsweise haben die Beschäftigten meist nur halbe Stellen, weil die Arbeit in den Stoßzeiten morgens, mittags und abends anfällt. Pflegehelferinnen erhalten deutlich weniger als 700 Euro netto – vorausgesetzt, der Arbeitgeber ist ein freier Wohlfahrtsverband, examinierte Fachkräfte bekommen etwas mehr. Private Anbieter zahlen dagegen oft noch weniger. Martina Samuel, Leiterin eines ambulanten Pflegedienstes des Deutschen Roten Kreuzes im Emmerthal bei Hameln, berichtet von zwei Mitarbeiterinnen auf 400-Euro-Basis, die zugleich in einer Klinik auf Vollzeit angestellt sind. Nicht nur die Bezahlung ist mies, auch die Arbeitsverdichtung ist massiv gestiegen. Für ihre Aufgaben haben die Pflegerinnen nur noch halb so viel Zeit wie vor zehn oder zwanzig Jahren. Die Krankenkasse bezahlt außerdem nur die Grundpflege. Viele Patienten, die eine erweiterte Pflege benötigen, diese aber nicht bezahlen können, werden nicht ihren Bedürfnissen entsprechend versorgt. „Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, bis Menschen aufgrund von Mangelversorgung im wahrsten Sinne des Wortes krank gepflegt werden“, mahnte Patrick Humke-Focks. Er fordert die Pflegekassen auf, die Pflegesätze deutlich über den Bundesdurchschnitt von 1.470 Euro anzuheben.

Kostenloses Mittagessen für alle Schüler! Zuschüsse der Landesregierung reichen nicht aus

Viele Familien können das Mittagessen für ihre Kinder an der Schule nicht bezahlen, weil der Preis zu hoch und der Geldbeutel zu schmal ist. Die Landesregierung hat zwar ein Förderprogramm dafür aufgelegt, das aber kaum angenommen wird, weil es wenig attraktiv ist. Danach zahlt das Land einen Zuschuss von maximal 74 Cent für eine warme Mahlzeit – die meisten Mahlzeiten kosten jedoch zwischen zwei und drei Euro und sind damit für Kinder aus Hartz-IV-Familien zu kostspielig. Gleichzeitig steigt die Kinderarmut und Ganztagschulen boomen. Kinder aus ärmeren Familien müssen deshalb mit leerem Magen, schlechter Laune und verminderter Leistungsfähigkeit am Unterricht teilnehmen und sind so noch mehr benachteiligt. Damit sich das ändert, hat DIE LINKE im Landtag einen Zuschuss von bis zu drei Euro pro Essen beantragt. Nur dann ist das Mittagessen für Schülerinnen und Schüler aus

Hartz-IV-Familien wirklich kostenlos. Zwar will auch die Bundesregierung etwas für ärmere Kinder und Jugendliche tun, es fragt sich nur wann. „Unsere Kinder dürfen nicht Opfer von langwierigen Gesetzgebungsprozessen werden“, mahnte Christa Reichwaldt, bildungspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag. „Das Land muss die ärmeren Schülerinnen und Schüler so lange unterstützen, bis sich auf Bundesebene eine zufriedenstellende Lösung ergibt.“

Vom kostenlosen Mittagessen sollen nicht nur Kinder von Arbeitslosen, sondern auch Schüler aus Familien mit geringem Einkommen und von Wohngeldbeziehern profitieren. Von den bürgerlichen Parteien haben immerhin die Grünen dem Antrag der LINKEN zugestimmt. DIE CDU hat den Antrag der LINKEN mit dem zynischen Satz abgelehnt „Was nützt es, einmal am Tag gesund zu essen, wenn die übrigen Mahlzeiten Ihrem Ideal nicht entsprechen?“